



## **Ausschuss für Bauen und Verkehr**

### **86. Sitzung (öffentlich)**

12. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:55 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Bernhard Schemmer (CDU) (stellv.)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>1</b>	<b>Ruhrpilot</b>	<b>6</b>
	– Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr	
	– Bericht durch Minister Lutz Lienenkämper	6
	– Aussprache	8
<b>2</b>	<b>Staubericht 2008</b>	<b>11</b>
	– Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr	
	– Bericht durch Minister Lutz Lienenkämper	11
	– Aussprache	13

<b>3</b>	<b>Eiserner Rhein und Betuwe-Linie</b>	<b>17</b>
	– Bericht des Ministers für Bauen und Verkehr	
	– Bericht durch Minister Lutz Lienenkämper	17
	– Aussprache	18
<b>4</b>	<b>Förderrichtlinien Stadtverkehr</b>	<b>23</b>
	Vorlage 14/2958	
	– Aussprache	23
<b>5</b>	<b>Haushalt 2010</b>	<b>25</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9700 Vorlagen 14/2760, 14/2851 und 14/2982 Einzelplan 14 Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen	
	Die Abstimmungsergebnisse zu den Haushaltsanträgen ergeben sich aus der Vorlage 14/2976.	
	Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen wird das Benehmen zum Landesstraßenbauprogramm 2010, Vorlage 14/2982, hergestellt.	
<b>6</b>	<b>Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, zur Steigerung der Fördermöglichkeiten der NRW.BANK und zur Änderung anderer Gesetze</b>	<b>29</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 14/9394 und 14/9931 Ausschussprotokoll 14/935	
	– Beratung	29

**7 Mehr Toleranz für spielende Kinder – Kinderlachen ist kein Lärm! 34**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/9768

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**8 a) Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches 35**

Vorlage 14/2877

**b) Weitere Verordnungsentwürfe werden noch zugeleitet 35**

Benehmensherstellung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie bei Stimmeenthaltung der Oppositionsfraktionen wird das Benehmen hergestellt.

**9 Hafensicherheitsgesetz NRW 36**

Beschlussfassung über die Hinzuziehung von Sachverständigen gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss beschließt einstimmig, zu der Beratung über das Gesetz Sachverständige hinzuziehen.



## 5 Haushalt 2010

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/9700  
Vorlagen 14/2760, 14/2851 und 14/2982

Einzelplan 14

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Bernd Schulte (CDU)** führt aus, der Einzelplan 14 für den Haushalt 2010 unterscheide sich nicht sonderlich von den Einzelplänen der Vorjahre. Insofern stelle er einen Ausdruck von Kontinuität dar. Dennoch trage er dem Rechnung, was inmitten der Krise erforderlich sei. Durch investive Anstöße würden die Voraussetzungen für Arbeit und Beschäftigung geschaffen, und zwar insbesondere in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Wohnraumförderung.

Auch in diesem Jahr werde sich seine Fraktion an die seit Jahren praktizierte Tradition halten, die Haushaltsanträge in den Haushalts- und Finanzausschuss einzubringen, um dem Haushalts- und Finanzausschuss die Steuerungsfunktion zuzubilligen und für die Vielzahl der Änderungen die Deckungen finanzieller Art vorzunehmen. Nichtsdestotrotz wolle er auf die Schwerpunkte der Änderungsvorschläge eingehen.

Seine Fraktion begrüße ausdrücklich die Optimierung der Arbeit des Landesbetriebs Straßen NRW, weil durch die Fortsetzung der Optimierung die Möglichkeit geschaffen werde, auf sozialverträglichem Wege ein Mehr an Straßenbauleistungen in punkto Unterhaltung und Neubau zu erbringen. Auch er sehe die Notwendigkeit, im Bereich der Landesstraßenunterhaltung einen zusätzlichen Schwerpunkt zu setzen. Hierzu werde es einen entsprechenden Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss geben. Die CDU begrüße ausdrücklich, dass kein Bundesgeld mehr an Nordrhein-Westfalen vorbeifließe, da es genügend Planfeststellungsbeschlüsse gebe, um die vom Bund an das Land zugewiesenen Mittel im Haushaltszeitraum verbauen zu können, wodurch Rückzahlungsansprüche vonseiten des Bundes vermieden würden.

Im ÖPNV-Bereich werde man der Tatsache Rechnung tragen, dass es in den nächsten Jahren einer besonderen Stärkung der sachgerechten Mittelverwendung im Schülertransportverkehr bedürfe. Insofern würden die Koalitionsfraktionen bis zum Dezember-Plenum einen Vorschlag ausarbeiten, um über das Jahr 2011 hinaus die Sicherung der Schülertransportkosten zu betreiben. Wahrscheinlich werde man die Aufhebung der bisher vorgesehenen Zweckbindung ab 2011 nicht fortführen. Ein zusätzlicher Investitionsschwerpunkt werde im Bereich der NE-Bahnen gesetzt. Dies geschehe vor dem Hintergrund der Vereinbarung der Koalitionsfraktionen auf Bundesebene, die NE-Bahnen auch künftig in ihr Portfolio aufzunehmen. Durch einen entsprechenden Ansatz im Landeshaushalt wolle man dieses Vorhaben der Bundesregierung beschleunigen.

Er begrüße ausdrücklich, dass die Stadterneuerungsmittel erheblich erhöht würden und das Land in der Lage sei, die notwendigen Kofinanzierungsmittel bereitzustellen.

Es bestehe die Notwendigkeit, mit dem Innenminister weitere Vereinbarungen über die Durchführung von Stadterneuerungsmaßnahmen in Kommunen mit Nothaushalten zu treffen.

Hinsichtlich der Wohnraumförderung habe man gestern in den Aufsichtsgremien der Wohnungsbauförderungsanstalt mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass per 31. Oktober 2009 das für 2009 auf 1 Milliarde € erhöhte Fördervolumen bereits zu rund Zweidritteln ausgeschöpft und eine vollständige Abrufung der Mittel bis zum Jahresende zu erwarten sei. Es sei auch kein Geheimnis, dass sich der Finanzminister und der Bauminister für 2010 auf ein Fördervolumen von 1 Milliarde € für die soziale Wohnraumförderung geeinigt hätten. Dies stelle einen ganz wichtigen Impuls für die Baukonjunktur und die Bauwirtschaft dar.

Der Einzelplan 14 trage den Erfordernissen der Finanzpolitik inmitten der Krise Rechnung.

**Achim Tüttenberg (SPD)** stimmt dem Abgeordneten Schulte zu, dass der vorliegende Einzelplan 14 des Haushalts 2010 weitestgehend in der Kontinuität seiner Vorgänger stehe. Der Verkehrs- und Bauhaushalt nehme wie schon in vergangenen Jahren eine Opferrolle gegenüber dem Finanzministerium ein. Der vorliegende Einzelplan stelle einen Rückschritt dar und verbleibe hinter eigenen Möglichkeiten.

Darüber hinaus stelle er fest, dass finanzielle Leistungen anderer für sich selbst vereinnahmt würden. Diesbezüglich verweise er nur auf die Bundesleistungen, die vom Land verwaltet und zum Teil an die Kommunen weitergeleitet würden. Die Vorschläge für den Landesstraßenbaubereich ähnelten den Vorschlägen von Rot-Grün im Jahre 2005, nämlich 67 Millionen €. Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Preisindexes sei dies sogar weniger als unter Rot-Grün. Daneben werde im Bereich der Radwege dramatisch gekürzt, indem die Erhaltungsinvestitionen um mehr als 10 % gesenkt würden.

Er vernehme mit großem Interesse und großer Freude, dass auch die Koalitionsfraktionen die Auffassung verträten, dass der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung nicht zustimmungsfähig sei. Dies könnte ein Anlass für konstruktive Gespräche sein.

Vor Ort würden Vertreter von CDU und FDP stets große Forderungen aufstellen, was im Verkehrshaushalt stattzufinden habe, beispielsweise im Bereich der Landesstraßenneubauten. Die spiegle sich jedoch nicht in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf wider.

Es bestehe Einigkeit, dass der eingebrachte Entwurf, insbesondere was die Straßensanierung angehe, in der Form nicht beschlossen werden könne.

**Horst Becker (GRÜNE)** lässt verlauten, es sei kein Geheimnis, dass seine Fraktion in den letzten Jahren die Entwicklung des Einzelplans 14 kritisch begleitet habe, denn dieser stelle, insbesondere was den Wohnungsbau angehe, eine Sparkasse für den Finanzminister dar. Hieran ändere auch nichts die Zusage von 1 Milliarde € für den Wohnungsbereich aus den Mitteln der Wohnungsbauförderungsanstalt. Diese

Zusage verwundere auch nicht, denn das Jahr 2009 sei das Jahr der Zerschlagung der Wfa und das Jahr 2010 das Jahr der Landtagswahl.

Es bestehe Einigkeit, dass die Wohnungswirtschaft ein wichtiger Konjunkturfaktor darstelle. In Anbetracht dessen hätte es aber in den letzten Jahren einer anderen Wohnungsbaupolitik bedurft. Diesbezüglich verweise er auf die Vollintegration der Wfa in die NRW.BANK.

Die Minderausgaben im Bereich der Schülerbeförderungskosten führten insbesondere im ländlichen Raum zu einer Benachteiligung des öffentlichen Personennahverkehrs. Korrekturen in diesem Bereich würde er begrüßen. Seine Fraktion habe hierzu einen Änderungsantrag eingebracht.

Seine Fraktion halte ein Sozialticket für dringend notwendig. Hierfür sollte die Landesregierung ein Angebot vorlegen. Auch dazu habe seine Fraktion einen Änderungsantrag vorgelegt.

Aus Sicht der Grünen sei der vorliegende Einzelplan 14 nicht zustimmungsfähig.

Bezüglich der Abstimmung bitte er darum, über die Änderungsanträge seiner Fraktion einzeln abzustimmen, wobei über die Anträge 4 a und 4 b sowie 6 a und 6 b jeweils gemeinsam abgestimmt werden könne.

**Christof Rasche (FDP)** sagt, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen setzen ihre erfolgreiche Wohnungsbaupolitik und Verkehrspolitik fort. Gerade in der Verkehrspolitik habe ein gravierender Politikwechsel stattgefunden. An dem vorliegenden Haushalt werde deutlich, dass im Bereich der Verkehrspolitik auf Instandsetzung, Neubau und alle Verkehrsträger gesetzt werde.

Auf die Änderungsanträge, die vonseiten der Koalitionsfraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt würden, habe der Abgeordnete Schulte bereits hingewiesen. Zum einen werde wieder ein Ansatz für NE-Bahnen geführt. Zum anderen sollten für die Landesstraßensanierung rund 3 Millionen € draufgelegt werden. Es sei etwas weniger als im vergangenen Jahr, einem Rekordjahr, aber weit mehr als unter Rot-Grün in den Jahren zwischen 2000 und 2005.

Eine Umsetzung der Änderungsanträge der Grünen-Fraktion würde Mehrausgaben von 102 Millionen € zur Folge haben. Dem stehe ein Einsparvolumen von 64 Millionen € gegenüber. Hier entstehe also ein Defizit von 38 Millionen €. Wie dies ausgeglichen werden solle, wisse er nicht. Zudem werde beim Landesstraßenneubau erheblich gekürzt; es bestünden aber Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 24 Millionen €. Fast alle Verpflichtungsermächtigungen resultierten aus Beschlüssen zu Straßenbauvorhaben, die noch unter Rot-Grün gefasst worden seien. Diese müssten ja zu Ende geführt werden. Insofern halte er es für nicht seriös, gerade in diesen Haushaltspositionen zu kürzen, wie es die Grünen beantragt hätten.

Die Abstimmungsergebnisse zu den Haushaltsanträgen ergeben sich aus der **Vorlage 14/2976**.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen wird das Benehmen zum Landesstraßenbauprogramm 2010, Vorlage 14/2982, hergestellt.